

FRAGE

Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf ihrem jüngsten EU-Gipfel auf neue Rettungsmaßnahmen für die Eurozone geeinigt. Haben die Regierungschefs mit den getroffenen Maßnahmen nach Ihrer Einschätzung nun insgesamt den lange erhofften Durchbruch bei der Stabilisierung der Eurozone erreicht? Die EU hat sich auf eine einheitliche Bankenaufsicht verständigt. Sollte diese Aufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgehängt sein?

Prof. Dr. Ernst Eberlein Lehrstuhl für Mathematische Statistik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ein gewisses Mindestmaß an Unabhängigkeit zwischen der neu zu schaffenden europäischen Bankenaufsicht und der EZB ist sicherzustellen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Auf die Dauer sollten Geldpolitik und Aufsicht getrennt sein. Aber im Moment ist die EZB die einzige Institution in Europa, die die Bankenaufsicht mit der erforderlichen Glaubwürdigkeit an die Hand nehmen könnte.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Zwar stellen die Ergebnisse des Gipfels einen wichtigen Zwischenschritt bei der Bewältigung der Schuldenkrise dar. Entscheidende Punkte für die Zukunft des Euro – die Konkretisierung der Bankenunion, der Aufbau einer Fiskalunion und einer politischen Union – müssen jedoch noch ausgearbeitet werden. Unabhängig von der Frage nach der Präferenz erscheint gegenwärtig eine Aufhängung bei der EZB als der wahrscheinlichste Fall. Für die EZB sprechen insbesondere, dass die EZB unabhängig ist und sie damit schnell reagieren kann, und dass die EZB zwar auf europäischer Ebene angesiedelt ist, sie aber durch das Eurosystem eine sehr gute nationale Verzahnung hat. Entscheidend im Falle einer Aufhängung der Bankenaufsicht bei der EZB wäre jedoch eine klare Trennung zwischen den geldpolitischen und den bankenaufsichtsrechtlichen Aufgaben der Notenbank.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Bei der gespaltenen Aufsicht von Deutscher Bundesbank (unabhängige Beurteilung der Banken) einerseits und der BaFin (operative Anordnungen, ggf. weisungsabhängig) andererseits, ist mir die Zuordnung klar. Daher ja auch die Empfehlung, die Aufsicht nicht unter dem Dach der Deutschen Bundesbank zu vereinheitlichen. Wie sieht das in Europa aus? Wer beurteilt unabhängig? Und wer arbeitet operativ? Nach deutschem Muster kämen EZB und EBA in Betracht. Aber daran ist wohl nicht gedacht, oder?

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Die EZB hat über das Eurosystem den tiefsten Einblick in die Situation der Banken. Gerade zur Vermeidung von spekulativen Übertreibungen und systemischen Risiken sind diese Informationen wichtig. Der Nachteil, dass die EZB eine ordnungspolitische Aufgabe wahrnehmen muss, wird dadurch kompensiert.



Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die potenziellen Zielkonflikte bei der EZB sollten nicht unterschätzt werden. Eine andere Institution (z.B. der ESM) könnte die Aufsicht gemeinsam mit EZB durchführen ähnlich wie in Deutschland mit BaFin und Bundesbank.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die EZB sollte nur unterstützend tätig sein, um 'conflicts of interests' mit der Geldpolitik zu vermeiden.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Um in Krisenzeiten kurze Weg zu haben und Kompetenzgerangel zu vermeiden, sollten Geldpolitik und Bankenaufsicht bei nur einer Organisation liegen. Das gilt auch für Deutschland (Bundesbank).

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die EZB sollte nicht gleichzeitig Aufsichtsbehörde und "Lender of last resort" sein.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Die EZB kann aus Fehlern der Vergangenheit lernen, eine neue Institution bräuchte länger dafür und müsste eng mit der EZB zusammenarbeiten.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Geldpolitik und Bankenaufsicht sind im "Normalbetrieb" zwei zu trennende Agenden. Für Krisenfälle muss eine gemeinsame Koordinationsstelle eingerichtet werden.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

"Wird die EZB zuständig, so droht bei Schieflagen von Banken Druck der Politik auf die EZB, Maßnahmen zur Unterstützung der Banken zu ergreifen. Die EZB darf aber nur dem Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet sein.

Wettbewerb der Staaten ist auch bei der Bankenaufsicht von Vorteil."

Dr. Stefan Kooths Stellv. Leiter des Prognose-Zentrums, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Büro Berlin:

Idealerweise sollte das Zentralbanksystem unabhängig davon agieren, ob seine geldpolitischen Entscheidungen einzelne Bankhäuser im Bestand gefährden oder nicht. Geldpolitik und Aufsicht sind getrennte Aufgaben, für die auch getrennte Mittel mit jeweils unabhängigen Trägern eingesetzt werden sollten.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Bei der EZB angesiedelt ist die Gefahr zu groß, dass es zu Interessenkonflikten zwischen der stabilitätsorientierten Geldpolitik und den Liquiditätsbedürfnissen angeschlagener Banken kommt und die Unabhängigkeit der EZB (weiter) leidet. Die EBA müsste allerdings mit kompletten Vollmachten und Durchgriffsrechten auf der Grundlage einheitlicher, rigoroser Standards ausgestattet werden, die nationalen Aufsichtsbehörden müssen ins zweite Glied rücken und nur noch Vollzugsorgane sein. Davon war auf dem EU-Gipfel allerdings nichts zu hören.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es macht Sinn, die EZB in diesem Bereich zu stärken. Zweifellos gibt es Komplementaritäten zwischen Bankenaufsicht und Geldpolitik.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Die EZB gerät in Interessenskonflikte! Und vorher müssen die fiskalischen Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Bereits heute übernimmt die Deutsche Bundesbank einen Teil der Bankenaufsicht in Deutschland. Eine einzige Behörde sollte auch für Europa reichen und die EBA der EZB unterstellt werden.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Das Beste wäre eine Kombination von einer neuen Behörde mit echten Aufsichtsrechten und der EZB.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die EZB ist momentan die einzige echte funktionsfähige Institution der Währungsunion mit einer vernünftigen Reputation. Der Ausbau wirtschaftspolitischer Integration unter ihrem Dach dürfte für die Marktteilnehmer glaubhaft sein. Glaubwürdigkeit ist beim anstehenden Integrationsprozess sehr wichtig. Die Stabilität der Finanzmärkte ist sowohl ein Ziel der EZB als auch die Vorgabe für eine Bankenaufsicht. Die Vereinigung der komplementären Aufgaben von Notenbank und Bankenaufsicht unter dem gemeinsamen Dach der EZB erscheint mir daher auch sinnvoll.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Der EZB kann man am ehesten zutrauen, dass sie der Aufgabe gewachsen ist. Die bestehenden EBAs haben wenig geleistet. In jedem Fall ist es ein weiter Weg.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Eine Alternative wäre eine Behörde, die von nationalen Interessen bzw. Mehrheitsinteressen unabhängig, jedoch regelgebunden Aufsicht führen kann.



Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Die EZB ist die am besten ausgestattete Institution der Eurozone. Der Aufbau einer neuen Behörde wäre schwieriger und zeitaufwendiger.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die EZB ist damit überfordert und verliert ein Stück weit ihren Unabhängigkeitsstatus.

Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Institutionelle Unabhängigkeit von nationalen Regierungen und Belangen erfordert eine Aufhängung der Bankenaufsicht auf EU-Ebene: bei der EBA.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Die Unabhängigkeit der EZB ist der glaubwürdigste Garant gegen politische Einflussnahme auf die Aufsicht.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Die Vermeidung von Interessenkonflikten und Machtverteilungsgründe sind ausschlaggebend.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Unabhängigkeit der EZB muss wieder hergestellt werden, eine weitere Politisierung wirkt kontraproduktiv. Ein derartiger Souveränitätsverzicht (direkte Eingriffe bei Banken usw.) ist nicht durch das Grundgesetz gedeckt.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Wenn möglich sollten Aufsicht und "Lender of last resort" getrennt sein. Eine enge Kooperation ist aber nötig.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die Bankenaufsicht sollte nicht durch die Mehrheiten zugunsten der derzeitigen Problemstaaten dominiert werden können.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität zu Köln:

Die EZB ist (relativ) unabhängig, hat noch am ehesten das Gewicht, sich auch gegen politische Zumutungen zu behaupten.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Es gibt nur wenige Banken, die europaweit tätig sind, daher genügt die nationale Aufsicht.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Keine andere Institution als die EBA scheint dafür geeignet zu sein.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Geldpolitik kann bei Gesamtverantwortung für die Aufsicht in Zielkonflikte geraten. Das Ansehen der EZB ist durch die Anleiheinvestitionen ramponiert genug.

FRAGE

Um private Geldgeber zu ermuntern, haben sich die Euroländer auch darauf verständigt, dass es künftig keinen bevorzugten Gläubigerstatus des ESM gegenüber privaten Gläubigern mehr geben soll. Sollte der ESM genauso behandelt werden wie nichtstaatliche Gläubiger?

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Ohne die Haftung der Regierungen gibt es von außen überhaupt keine Kontrolle mehr. Nur wenn sich die Regierungen (und die EZB) darüber im Klaren sind, dass sie von einer insolvenzbedingten Umschuldung ebenfalls betroffen wären, anders als beim Schuldenschnitt in Griechenland, werden sie sorgfältiger, sprich weniger politisch-opportunistisch bei Rettungspaketen entscheiden.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist durchaus üblich, dass öffentliche Gläubiger (z.B. der IWF) bevorzugt bedient werden. Das wäre auch hier, selbst wenn im Moment schwierig, sinnvoll.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Andernfalls müsste man den ESM deutlich aufstocken und das wäre die schlechtere Variante.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Damit wächst das Risiko der Steuerzahler.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Anders kann der 'Käuferstreik' privater Investoren nicht beendet werden.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Der Erfolg des ESM ist seine Glaubwürdigkeit, dass die Schuldnerstaaten ihre Verpflichtung gegenüber dem ESM erfüllen.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Es handelt sich hier um einen "öffentlichen Auftrag".



Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik , Universität Trier:

Dies sollte ähnlich gehandhabt werden wie bei privaten Konkursen, bei denen es ja auch eine Rangfolge der Gläubiger gibt.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Der Vorschlag könnte Investoren beruhigen.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Der ESM sollte weiterhin vorrangiger Gläubiger sein. Bei Rettungsmaßnahmen geht der Fonds ein hohes Risiko ein, wo private Geldgeber häufig nicht mehr bereit sind, sich zu engagieren. Deshalb sollte der ESM auch bevorzugt behandelt werden.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Private Gläubiger sollten angemessen und zuvorderst am Risiko beteiligt werden.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Die Neigung, sich in eine bevorzugte Position zu bringen, konnte man ja vor gar nicht langer Zeit bei der EZB in Bezug auf ihre "Griechenland-Titel" beobachten.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Der ESM darf nicht zum Selbstbedienungsladen verkommen.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Als bevorzugter Gläubiger vermindert der ESM sonst mit seinem Einstieg die sowieso geringe Attraktivität der staatlichen Wertpapiere noch weiter.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Niemand wird Geld geben, wenn er weiß, dass er am Ende hintanstehen muss.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wenn andere Gläubiger gegenüber dem ESM benachteiligt werden, senkt dies weiter das Vertrauen in die betreffenden Staatsanleihen. Das kann aber nicht der Sinn der Sache sein.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Bei der gegebenen Konstruktion ist das eine Wahl zwischen Pest und Cholera.



Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Sonst gibt es demnächst keine privaten Kreditgeber für diese Staaten mehr.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Bei bevorrechtigtem Status kann der ESM als Teilfinanzierung eines Landes (Spanien) keine Stabilisierung bringen, weil sich mit diesem Kredit dann die Restbonität verschlechtert.

Prof. Dr. Ernst Eberlein Lehrstuhl für Mathematische Statistik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Man kann einen in einer Notsituation gewährten Kredit nicht mit einem unter normalen Bedingungen gewährten Kredit gleichsetzen.

Dr. Alexander Krüger Chefvolkswirt, Bankhaus Lampe KG:

Die Bevorrechtigung des ESM würde das Engagement privater Investoren in Peripherie-Staatsanleihen hemmen, da diese befürchten müssten, bei einem eventuellen Schuldenschnitt die Zeche allein zahlen zu müssen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Der ESM sollte nur als "Lender of last resort" auftreten, wenn kein anderer mehr Geld zu geben bereit ist. Daraus ergibt sich sofort ein Sonderstatus. Die vom Gipfel ausgebrütete Gleichstellung ist ein Gefahr für den Steuerzahler (und zwar für den deutschen und einiger anderer halbwegs solider Länder)

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der ESM wird letzten Endes von den Steuerzahlern finanziert. Die Gläubiger sind aber diejenigen, die gegen entsprechende Zinszahlungen sich verpflichtet haben, die entsprechenden Risiken zu tragen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Das Ziel ist zugleich die Begründung: Damit wird das Vertrauen privater Geldgeber zumindest gefördert.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Anders kann man nicht-staatliche Investoren nur schwer davon überzeugen zu investieren.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass kein genereller Verzicht auf einen bevorzugten Gläubigerstatus beschlossen wurde. Spanien gilt als Sonderfall, da Spanien wohl zuerst Hilfen von der EFSF erhalten wird. Grundsätzlich sollte beim bevorzugten Gläubigerstatus aber die Zersplitterung des Bondmarktes nicht unterschätzt werden. Der IWF ist bevorrechtigt, dann käme der ESM und entsprechend der Handhabung beim PSI für Griechenland ist offenbar auch die EZB faktisch bevorrechtigt: Das ist kein gutes Umfeld für Investoren.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Um das Investorenvertrauen zu stärken, sollten möglichst viele Schuldtitel gleichrangig sein.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Der ESM vergibt Kredite mit besonders günstigen Konditionen, die der Markt nicht zu geben bereit ist. Daher sollte der ESM präferentiell behandelt werden.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Ein bevorzugter Gläubigerstatus des ESM würde des Ausfallrisiko für private Anleger erhöhen und damit den Marktzugang der Peripherieländer bzw. die Rückkehr zu einer normalen (privat finanzierten) Finanzierung öffentlicher Haushalte erschweren.

Dr. Stefan Kooths Stellv. Leiter des Prognose-Zentrums, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Büro Berlin:

In dem Maße, wie die "Rettungsschirme" dazu beitragen sollen, die Kreditwürdigkeit der Staaten für private Investoren zu stärken, ist es kontraproduktiv, wenn der ESM als Gläubiger einen Vorzugsstatus erhält. Eine ganz andere Frage ist indes, ob der ESM zur Staatsfinanzierung überhaupt herangezogen werden sollte. Eine Konzentration der Mittel auf die für eine systemschonende Abwicklung von insolventen Banken erforderliche Zwangsrekapitalisierung wäre allemal sinnvoller.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Das wäre sachgerecht.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das System ist schon komplex genug. Vereinfachungen sind daher an jeder sich bietenden Stelle ratsam.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Der bevorzugte Gläubigerstatus müsste durch die wenigen Länder, die den Euro noch stützen, finanziert werden.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Über den ESM spielen die Politiker mit den Geldern der Steuerzahler, die ansonsten die Haftung tragen, ohne die Entscheidungen zu treffen. Staaten, deren Anleihen nicht sicher sind (trotz Hilfen durch ESM usw.), sollten aus der EWU ausgeschlossen werden.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der ESM sollte nach dem Vorbild des IWF gestrickt werden, d.h. mit Vorzugsstatus, aber auch mit so viel "fire power", dass er einen fundamental nicht insolventen Schuldner vor einer sich selbst erfüllenden spekulativen Attacke schützen kann.



Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Staatliche Institutionen sind im Allgemeinen systemrelevanter als private Gläubiger.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Das Ausfallrisiko muss begrenzt werden. Die dann höheren Zinsen für die Schuldnerländer schaffen einen Anreiz, die Haushalte zu konsolidieren.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Sonst werden private Investoren abgeschreckt.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die bisherigen Erfahrungen in der Krise sprechen eindeutig für eine Gleichbehandlung. Man sollte nicht vergessen, dass die einseitige Beteiligung privater Gläubiger an dem Schuldenschnitt Griechenlands die Investoren weltweit veranlasst hat, sich aus den Anleihemärkten Italiens, Portugals oder Spaniens zurückzuziehen. Was ordnungspolitisch geboten erschien, hat ungeheure Nebenwirkungen gehabt. Und so würde auch eine Stellung des ESM als vorrangiger Gläubiger private Investoren davon abhalten, Banken Kapital zur Verfügung zu stellen. Gerade das soll aber erreicht werden.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Vor allem dann, wenn Hilfen direkt an Banken gegeben werden, erscheint dies als wettbewerbskonform.

FRAGE

Bislang waren Finanzhilfen stets an harte Sparvorgaben geknüpft. Vor allem auf Druck Italiens soll es künftig nun möglich sein, dass Staaten Hilfen aus dem ESM erhalten, ohne sich zusätzlichen Auflagen zu unterwerfen. Richtig so?

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Zugegeben, zu viel an Sparmaßnahmen lässt die Konjunktur einbrechen. Aber nur der Hinweis, sich nach dem Empfang der Hilfen die Empfehlungen aus Brüssel beachten zu wollen, dürfte die Situation eher verschlimmern.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Wer nicht sparen und reformieren will, soll die Rechnung selber tragen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Wenn Solidarität eingefordert wird, dann müssen damit strukturelle Anpassungen verbunden sein, um künftig wieder wettbewerbsfähig zu sein.



Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik , Universität Trier:

Wenn man Hilfen in Anspruch nimmt, dann muss man es sich auch gefallen lassen, dass diese womöglich nur unter Auflagen erteilt werden.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Weil es den Zusammenhang von Entscheidungskompetenz und Haftung weiter verwässert.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Während es klar ist (auch in Italien und Spanien), dass mittelfristig hart gespart werden muss, ist es entscheidender Strukturreformen zu machen und nicht einseitig auf Sparen zu setzen. Einseitiges Sparen zeigt, wie wir ja jetzt sehen, den Effekt, dass dann die Konjunktur sich verschlechtert und die Haushaltsdefizite weiter wachsen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Vorausgesetzt die bereits getroffenen Vereinbarungen mit Brüssel werden eingehalten.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Unpopuläre Reformmaßnahmen sind nur durchsetzbar bei entsprechendem politischem Druck.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Sparauflagen waren kontraproduktiv und in der Vergangenheit (Griechenland) viel zu kurzfristig angelegt.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Ohne Konditionalität gibt es keine Anreize.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Notkredite müssen immer mit Auflagen verbunden werden.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Keine Leistung ohne Gegenleistung, wie es auch der ESM ermöglicht. Zudem helfen die Auflagen den betroffenen Ländern selber am meisten, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität zu Köln:

Ja, da zusätzliche Sparauflagen nicht geeignet sind, die Wirtschaften anzukurbeln und die Schuldentragfähigkeit der Staaten zu erhöhen. Nötig sind institutionelle Reformen und politisches Umdenken.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Italien benötigt dringend Druck von außen zur Überwindung innenpolitischer Reformwiderstände. Monti sollte sich darüber freuen, wenn der ESM für seine Reformen den Sündenbock spielt.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

In der Regel sollte es immer Auflagen geben. Es müssen ja keine "Spar"-Auflagen sein; man kann auch an gesetzliche Änderungen, an den Zwang zu mehr Transparenz etc. denken.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Ich halte die disziplinierende Wirkung von Auflagen für nicht zu unterschätzen. Die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts stellt einen Beleg in die umgekehrte Richtung dar.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Hilfen ohne Auflagen begünstigen eine Ausgabenfreudigkeit, die durch die ausländischen Sparer finanziert werden muss.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Gerade Italien kann sich selbst helfen, wenn es nur will. Für Spanien gilt das Gleiche. Ohne Auflagen kehrt nur der alte Schlendrian wieder ein.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Generell sollte man das nicht so handhaben. Der Anreiz, ganz auf Konditionen zu verzichten ist zu groß. Wenn ein Land gut dasteht, kann man ja leichte Auflagen verhängen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Falls die Hilfen für den Bankensektor des betroffenen Landes gedacht sind, erscheint es richtig, dass man dem Staat selbst keine zusätzlichen Auflagen bezüglich seiner Fiskalpolitik macht. Im Falle von Hilfszahlungen an den Staat selbst, wäre der Verzicht auf Auflagen jedoch sicherlich ein falsches Signal.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Es sollte keine zusätzlichen Finanzhilfen in der sogenannten "Eurokrise" geben ohne (zusätzliche) Auflagen und Kontrollen.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Es ist offensichtlich, dass einige (nicht alle!) Länder Strukturreformen bestenfalls halbherzig verfolgen. Ohne Druck von außen werden diese Bemühungen vollständig zum Stillstand kommen. Letztendlich werden dann nur die Schulden der zahlenden Länder steigen.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es besteht die Gefahr, dass permanent Hilfe notwendig wird.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Eine Leistung ohne Gegenleistung darf es nicht geben. Außerdem könnte Herr Monti doch froh sein, wenn eine externe Troika ins Land käme und den "Buhmann" spielte. Dann müsste er es nicht sein, wenn Strukturmaßnahmen in Italien anstehen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Eine Katastrophe, weil damit jede Disziplinierung entfällt. Sic transit gloria Europae!

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Eine echte Lösung der Eurokrise geht nur mit nachhaltigem Sparen. Die Auflagen sollten daher nicht gelockert werden, auch wenn es aktuell schmerzt.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Diese Änderung unmittelbar vor der Verabschiedung des ESM kann man nur als Skandal bezeichnen. Es kann jetzt beliebig in die Taschen der soliden Länder gegriffen werden, eine Ausweitung des ESM-Volumens dürfte da nur noch eine Frage der Zeit sein.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Dies käme einem bedingungslosen Finanztransfer gleich. Wer auf die Hilfe der Nachbarn angewiesen ist, muss sich auch anstrengen, diesen möglichst wenig auf der Tasche zu sitzen. Welcher Weg dabei der Beste ist, kann im Einzelfall entschieden werden.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Dies ist ganz offensichtlich.

Dr. Stefan Kooths Stellv. Leiter des Prognose-Zentrums, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Büro Berlin:

Die Staatsfinanzierung über den ESM ist ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigen und sollte gänzlich unterbleiben. Wenn aber schon zu ordnungswidrigen Mitteln gegriffen wird, ist der Versuch, sie mit sinnvollen Reformmaßnahmen zu verknüpfen besser als nichts. Allerdings kommt hierbei leicht der Eindruck auf, die "Sparvorgaben" würden zugunsten der Geberländer durchgesetzt, es sei also ein Entgegenkommen der Defizitländer. Das Gegenteil ist der Fall: Die jeweiligen Reformmaßnahmen sind in erster Linie im Interesse der Empfängerländer selbst und hätten von diesen längst im wohlverstandenen Eigeninteresse selbst umgesetzt werden müssen. Die Durchsetzbarkeit dieser Auflagen steht dabei allerdings auf einem ganz anderen Blatt. Man sollte sich keine allzu großen Hoffnungen machen, dass auf die Einhaltung der Vereinbarungen allzu sehr Verlass ist. Es ist ein schönes, gar schmückendes Beiwerk der Kreditvergabe, mehr nicht.



Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Die Sparvorgaben führten bisher zu einem Einbruch des Wachstums. Weniger Wachstum führte zu weniger Ersparnis. Die Sparpolitik hat - wie von einigen Ökonomen korrekt vorhergesagt - versagt.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Politik war in der Vergangenheit zu schwach, notwendige Strukturreformen einzuleiten. Das kann sich nur ändern, wenn äußerer Druck aufgebaut wird.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die Frage ist nicht einfach mit ja oder nein zu beantworten. Grundsätzlich gilt: Keine Hilfe ohne Gegenleistung. Die Gegenleistung wird i.d.R. voraussetzen, dass zielführende Auflagen vom unterstützten Land erfüllt werden müssen. Wenn zusätzliche Hilfen notwendig werden, muss geprüft werden, ob zusätzliche Auflagen erforderlich sind oder vorhandene Vereinbarung ausreichen. Ein Automatismus zusätzliche Hilfe = zusätzliche Auflagen halte ich nicht in jedem Fall für sinnvoll.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Auflagen sind das einzige Druckmittel, Regierungen zu Reformen zu nötigen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Der Fiskalpakt erodiert, bevor er verabschiedet ist.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Der ESM wird dann zu einer Selbstbedienungsbank (die Südländer haben die Stimmenmehrheit) und wir werden zusätzlich erpressbar. Jede Kreditgabe bedarf "hinterlegter" Sicherheiten und/oder leistungssteigernder Maßnahmen (Auflagen) als eine Form der Sicherungen.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Der ESM ist der Garant, dass die Mittel nicht für kurzfristige Maßnahmen verpulvert, sondern mit dem Ziel einer nachhaltigen Konsolidierung und Entwicklung eingesetzt werden.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Dass diesem Wunsch Italiens nachgegeben wurde, ist eine eigentliche Katastrophe, die Deutschland in den völligen Ruin treiben kann.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Das wäre ein Freibrief für eine laxen Finanzpolitik.



Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Das wäre das ungehemmte "Laisser faire" der Regierungen.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Das stimmt ja so nicht. Problemländer können nur dann ohne weitere Auflagen Hilfen aus dem ESM erhalten, wenn sie bereits Reformen auf den Weg gebracht haben. Also dann, wenn die Verschlechterung ihrer Situation vor allem auf zu hohen Finanzierungskosten beruht.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Damit werden der Druck und die Bereitschaft, die Staatshaushalte zu konsolidieren, verwässert.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Aus "Moral hazard"-Gründen sind Auflagen unausweichlich. Aber die rezessionsverschärfende Philosophie der Auflagen muss sich ändern.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Auflagen werden auch in Zukunft gemacht. Bei ESM-Käufen (Primär- und Sekundärmarkt) will man allerdings vor allem auf länderspezifische Empfehlungen der EU-Kommission zurückgreifen. Gleichwohl wird auch bei ESM-Käufen ein "Memorandum of Understanding" beschlossen, das die Konditionen festlegt. Hier sollten vor allem die strukturellen Reformen ein hohes Gewicht erhalten.

Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Auflagen ja, aber wirtschaftspolitisch sinnvolle, d.h. evtl. mit längeren Laufzeiten (bzgl. Tilgung) und einer Kombination aus Strukturreformen und Wachstumsprogrammen.

Prof. Dr. Matthias Wrede Lehrstuhl für Sozialpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Aber die Auflagen müssen sinnvoll/erfüllbar sein.

FRAGE

Versicherungsvertreter sollen nach den Vorstellungen der EU-Kommission künftig ihren Kunden automatisch mitteilen, welche Provision sie bei einem Vertragsabschluss erhalten. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier jetzt vorgelegt. Danach sollen die Vermittler künftig den konkreten Betrag, oder, falls das nicht möglich ist, ihre Kalkulationsbasis offen legen. Auf diese Weise will Barnier mehr Transparenz schaffen und mögliche Interessenkonflikte offen legen. Halten Sie diesen Vorschlag für richtig?



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Aber eine Umstellung auf Beraterhonorare unter Verzicht der Zilmerung wäre wünschenswert.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Auch Unternehmen legen nicht dar, welche Deckungsbeiträge sie mit dem Verkauf eines Produkts erzielen.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Bislang verstehen Kunden die Anreize der Vermittler zu wenig und sind dann leichter in der Lage, mögliche Verzerrungen zu sehen.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das könnte endlich den Durchbruch für die Honorarberatung bringen, das einzige zukunftsweisende Konzept für den Finanzvertrieb.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das sind schlechte Substitute für Wettbewerb und Markttransparenz. Wünschenswert wäre stattdessen, dass Versicherer in ihren Geschäftsberichten aussagekräftigere Informationen über ihre Kostenstrukturen geben müssten. Dann könnte man sehen, welche Gesellschaften sehr viel Provisionen zahlen - und welche damit eher kargen. Eine Information im Einzelfall kann leicht zum Ansatzpunkt für unredliche Geschäfte werden (der Kunde kommt mit dem Versicherungsvertreter überein, dass ein Teil der Provision ihm zufließt).

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das würde den Wettbewerb in dieser sehr intransparenten Branche stark beflügeln.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Höhe der Provision entscheidet nicht über die Qualität des Produktes. Warum führt man nicht eine grundsätzliche Pflicht zur Mitteilung der Handelsmarge bei Apotheken, Supermärkten, Handwerkern etc. ein? Diese Absurdität erlaubt sich der Gesetzgeber nur bei Finanzprodukten. Wichtiger sind hohe Ausbildungsstandards der Verkäufer von Policen oder besser noch hohe Ethikstandards.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die Kunden haben selbstverständlich Anspruch auf eine transparente und verständliche Darstellung der Preis-/Leistungs-Relation. Dazu hilft es aber nur sehr bedingt, die Preise einzelner Leistungsbestandteile, wie z.B. für die Beratung und Betreuung, gesondert offenzulegen. Im übrigen wird damit die dringend notwendige Bereitschaft der Bürger, eigenverantwortliche Alters-, Hinterbliebenen, Gesundheits- und Pflegevorsorge zu betreiben, unnötig gestört.



Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Dies ist ökonomisch analog dem Arzt-Patienten Problem, in der die Informationsasymmetrie in Kombination mit dem Beratungsauftrag des Arztes zu einer (ökonomisch ineffizienten) angebotsinduzierten Nachfrage führen können.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine höhere Transparenz trägt dazu bei, dass der Kunde nicht über den Tisch gezogen wird.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine Offenlegung führt zu einem Pokerspiel zwischen Vertreter und Kunde.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es ist nur die Hoffnung auf mehr Transparenz und damit mehr Rationalität bei Vertragsabschlüssen sowie einen stärkeren Wettbewerb (zwecks Senkung der Prämien). Derartiges sollte bei jedem Vertrag eingeführt werden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Es wäre ein Beitrag zu höherer Markttransparenz.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Für den Kunden ist nicht die Kenntnis der Provision maßgebend, sondern die Qualität des Versicherungsprodukts.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Ich sehe bisher keinen Grund, warum diese Branche eine andere Handhabung erfahren soll. In anderen Bereichen erfolgt auch keine Offenlegung.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

In der Wertpapierberatung der Banken ist dieses Vorgehen bereits verpflichtend. Mit diesem Vorgehen wird bei Versicherungsprodukten eine verbesserte Transparenz erreicht. Zudem kann sich dies zu einem stärkeren Preiswettbewerb bei den Versicherern auslösen, was tendenziell zum Vorteil der Kunden ist.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Ja, der Vorschlag schafft Transparenz.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Man bekommt immer den Eindruck vermittelt, dass solche Vertreter objektiv beraten, was aber natürlich nicht stimmt. Daher ist die Initiative ein Weg zu mehr Transparenz.



Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Mangelnde Transparenz wird dadurch vermindert, Verbraucher werden geschützt in einem Markt mit starken Informationsasymmetrien.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Markttransparenz ist wichtig.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Mehr Transparenz bei Finanzdienstleistungen wäre wünschenswert, damit die Kunden zwischen unterschiedlichen Produkten und den Produkten verschiedener Anbieter wählen können. Der Ausweis von Provisionen führt nicht zu mehr Transparenz, weil die Finanzinstitutionen sofort auf andere Bonifikationen ausweichen können

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität zu Köln:

Mehr Transparenz ist nötig, allerdings mehr obligatorische Aufklärung über das Produkt, nicht über die Marge des Verkäufers. Der Fleischer muss mir auch nicht sagen, was er am Steak verdient.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Offenlegung der Provisionen erhöht die Transparenz und verbessert die Entscheidungsgrundlage für die Verbraucher. Wichtig ist eine einfache und für die Verbraucher nachvollziehbare Information über die Kosten des Vertragsabschlusses.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Transparenz ist immer gut - es ist das Kundengeld. Der Kunde will wissen, was er bezahlt.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Transparenz ist immer gut für die Konsumenten. Es zwingt die Unternehmen zur Rechtfertigung ihrer Kosten und erhöht tendenziell den Wettbewerb.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Versicherungsvergleiche sind auch ohne diese Angaben möglich.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Warum sollte es Dienstleistungen geben, die ihren "Preis" verschweigen?



Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wenn man etwas kauft, will man doch wissen, was es kostet.